

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 10 (1982)

DOI: 10.11588/fr.1982.0.51226

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

stung). Es ist sicher, daß der schon seit der Luxemburg-Krise und der Emser Depesche überlieferte Zorn, einem deutschen »mauvais procédé« ausgeliefert zu sein, durch – wie auch immer motivierte – Erpressung und »Bluff« zum »nationalist revival« (E. Weber) wurde. Ohne dieses wäre Poincaré in Frankreich kaum zur Macht gekommen, und dessen Haltung spiegelt die seit Agadir vorherrschende öffentliche Meinung in Frankreich exakt wieder: unbedingte »fermeté« gegenüber einer Politik, die er noch in der Juli-Krise von 1914 als beherrscht von Bluff- und Erpressungsversuchen verstand ...

Onckens Arbeit fordert manchen Widerspruch heraus, ist aber auf jeden Fall anregend und bringt die Forschung ein gutes Stück weiter. Bedauerlich ist die unschöne Präsentation, die der Verbreitung hoffentlich nicht allzu abträglich ist.

Gerd KRUMEICH, Düsseldorf

Inge SAATMANN, *Parlament, Rüstung und Armee in Frankreich 1914/18*, Düsseldorf (Droste) 1978, 523 S.

Diese Arbeit nimmt eine Sonderstellung ein. Das beruht nicht nur auf ihrem Umfang, der mit der minutiösen Dokumentation und den winzig klein gedruckten Zitaten an die Aufblähung mancher Thèse d'État erinnert. Die Autorin untersucht die Tätigkeit zweier Parlamentsausschüsse, der Armeekommission des Senats und der Kammer und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte und Entwicklung des französischen Parlamentarismus, in dem sie die eher politikwissenschaftliche Frage stellt, wie die Kommissionen arbeiteten und wie ihre Rolle für die Kriegszeit und darüber hinaus für die Folgezeit zu beurteilen ist.

Handelt es sich dabei mehr um den Rahmen, so gilt das Hauptaugenmerk der eigentlichen Tätigkeit dieser Kommissionen, die mit ungeheuerem Arbeitsaufwand und sehr breit dargelegt wird. Denn in der Tat verstanden sich die französischen Parlamentarier keineswegs nur als Publikum zur Entgegennahme ministerieller Berichte, sondern ihre Mitglieder waren unentwegt beschäftigt, Schwächen der Rüstungsproduktion, der Verwaltung oder im Bereich der Armee aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Diese Tätigkeit kritischer Parlamentarier wird in zum Teil ermüdender Ausführlichkeit dargelegt und kritisch kommentiert. Bis zu welchem Grade dies geschieht, mag ein willkürlich gewähltes Beispiel aus dem Kapitel über den Aufbau der Luftstreitkräfte zeigen, wenn hier sogar kritisch angemerkt wird, daß »weder wissenschaftlich kontrollierte Experimente noch Vergleichsmaßstäbe für die neuen und die schon erprobten Typen« vorhanden waren, und daß es »ebensowenig eine Statistik über die Flugstunden eines bestimmten Typs, seine Unfallquote, seine Abnutzungsrate« gegeben hat. Dies angesichts der rasanten Entwicklung während des Krieges zu fordern, ist einfach überzogen.

Man denke nur an die Flugzeuge zu Beginn und am Ende des Krieges, aber trotz allen Fortschritts war man noch weit von einer industriellen Fertigungsweise im Großformat entfernt, die der Vf. offensichtlich vorschwebt, die hier weniger deutscher Gründlichkeit als falschen Perfektionsvorstellungen folgt. Die Quellenbasis wie die behandelte Materie läßt viele Wünsche offen. Die parlamentarischen Quellen und Protokolle, sowohl der Kammer- wie der Senatskommission sind sorgfältig und erstmalig intensiv ausgewertet worden. Doch welchen Stellenwert haben sie? Sie beleuchten Beziehungen zwischen Militärbürokratie und Generalstab auf der einen Seite und der Industrie. Aber insbesondere die Rolle der Industrie wie überhaupt die kriegswirtschaftliche Entwicklung in Frankreich bleibt weitgehend im Dunkeln. Das liegt sicherlich an den fehlenden Quellen, ist jedoch ein fühlbarer Mangel, zumal die Situation in Frankreich sich in besonderer Weise darstellt, da hier schon vor dem Krieg eine bedeutende staatseigene Rüstungsfabrikation vorhanden war und andererseits der gesamte Rüstungssektor

durch den Kriegseintritt der Amerikaner und den damit verbundenen Lieferungen entscheidend verändert wurde. Stattdessen begnügt sich die Vf. mit linken Unterstellungen, die etwa die Materialschlachten als Ergebnis der Rüstungslobby zur »maximalen« Ausnutzung der Produktionskapazitäten suggerieren wollen. Wenn am Schluß behauptet wird, daß die Armeekommissionen als »Transformationsstellen der rüstungsindustriellen Interessen« gedient haben, die versuchten, »jeweils das, was gerade den Interessen der Rüstungsindustrie entsprach, durch Druck auf die Exekutive durchzusetzen«, dann bleibt sie dafür den Beweis ebenso schuldig wie für die abstruse Behauptung, daß die »Armeekommissionen als kriegswirtschaftliche Planungsgremien genau dann in Funktion (traten), als ein langer Krieg als Planungsfaktor erschien« (S. 460).

Mit der Schilderung der reinen Kommissionsaktivitäten erschöpft sich die Arbeit jedoch nicht. In einem ausführlichen Kapitel werden die »comités secrets« behandelt, dieser eigenartigen, vor allem in Frankreich schon im Kaiserreich vorgesehenen aber nicht benutzten Möglichkeit, das Parlament unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen zu lassen. Schon die außerordentlich umsichtige Darstellung der Quellengrundlage, wann und unter welchen Umständen die Protokolle veröffentlicht wurden, ist von hohem Interesse. Insgesamt gesehen stellt S. die geringe Effektivität dieser Form der parlamentarischen Diskussion fest. Insbesondere wird dies deutlich an der Folgenlosigkeit der Debatten, die sich mit dem Scheitern der Nivelle-Offensive und den Meutereien beschäftigten.

Von den verschiedenen Argumenten, die S. zur Erklärung dieses Sachverhaltes anbietet, erscheint vor allem ihre These plausibel zu sein, daß es sich um einen »Kompromiß zwischen einer in den großen Kommissionen oligarchisierten Entscheidungsbildung und einer Entscheidungsbildung vor breitest möglicher Öffentlichkeit« (S. 409) gehandelt habe.

Im letzten Kapitel wird dann die »Antipatriotismus«-Kampagne des Sommers und Herbstes des Jahres 1917 aus der Sicht der Senatsarmeekommission untersucht, die dann schließlich deren einflußreiches Mitglied Clemenceau im November an die Macht brachte. Das wirksamste Mittel dazu war die Konstruktion einer »Dolchstoßlegende«, die von den Kommissionsmitgliedern, dem militärischen Oberkommando und der Action Française entwickelt worden ist, die gleichsam eine Verschwörung, »eine von langer Hand vorbereitete Strategie«, entwickelt hatten. Ohne Zweifel wird einsichtig, daß für Clemenceau die Mitgliedschaft in dieser Kommission und die damit gewonnene Insider-Position die wichtigste Voraussetzung dafür war, um schließlich die Berufung zum Regierungschef zu erlangen. Ebenso wird der Einfluß und die Tätigkeit der Kommission wie ihrer führenden Mitglieder, vor allem Bérenger, deutlich, die in der Kampagne gegen Malvy eine wichtige Rolle spielten. Doch in der Behauptung der allgemeinen Verschwörung schießt S. weit über das Ziel bzw. über ihre Quellenbasis hinaus und argumentiert wenig überzeugend. Schon der Begriff der Dolchstoßlegende ist, auch wenn sie ein zeitgenössisches Zitat beibringen kann, irreführend, denn dies ist ein fester Begriff der deutschen Rechten aus der Weimarer Republik, die damit rückblickend die Niederlage »erklärten«, d. h. umlogen, während die Kampagne gegen die »Defätisten« 1917 doch anders ausgerichtet war, auch wenn sie sich ebenfalls gegen die Linke richtete. Natürlich kann man Vorbehalte gegen die Verklärung Pétains durch Pedroncini haben, und es ist richtig, daß Pétain im Juli 1917 Forderungen an Malvy richtete, die eine Einmischung der Militärs in die Politik darstellten; doch damit ist keineswegs die Komplizenschaft bewiesen. Wie unscharf die Verallgemeinerungen sind, die S. zieht, mögen zwei Beispiele zeigen. So wird die angebliche Kooperation der Kommission und der Action Française so erklärt: »die Nationalliberalen der Senatsarmeekommission und die national-soziale ›Action Française‹ trafen sich im ersten Weltkrieg, weil beide auf dem Weg zur uneingeschränkten Anerkennung der politischen Tatsachen des Kapitalismus waren ...« (S. 440). Die pessimistischen Ausführungen Clemenceaus vom Juli 1917, »nous ne pouvons plus faire grand; nous ne pouvons que raccomoder; mais encore faut-il savoir où est le trou pour le boucher« werden folgendermaßen interpretiert

(S. 427): »Insofern war die »Antipatriotismus«-Kampagne der Clemencisten und des Oberkommandos eine antizipierende Reaktion auf die allgemeine strategisch-militärische Situation, was jedoch deren taktisch-voluntaristische Komponente und (bei den Senatoren jedenfalls) die rüstungsindustrielle Interessenbasis nicht verdecken kann.«

Clemenceau und schlimmer noch die »Clemencisten« werden natürlich äußerst negativ gesehen. Doch auch hier überrascht die Kurzsichtigkeit oder genauer das unhistorisch-politische Engagement, das die Haltung Clemenceaus und seinen Kampf gegen Malvy primär als Maßnahmen der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen betrachtet, während Malvy dementsprechend eine »Integrationspolitik« verfolgt habe, was in dieser Form sicher nicht stimmt. Die Larmoyanz gegenüber der Linksopposition läßt völlig außer acht, daß es doch vor allem darum ging, den Krieg zu gewinnen und damit die geschichtliche Kontinuität und nationale Unabhängigkeit zu bewahren, die für das französische Selbstbewußtsein eine so wichtige Bedeutung haben.

Natürlich kann man rückblickend diese Politik und die teilweise schmutzigen Methoden im Kampf mit dem innerpolitischen Gegner kritisch betrachten und die Frage nach Alternativen stellen; dabei sollte jedoch die Orientierung an den Quellen der Maßstab bleiben.

So bleibt abschließend festzustellen, daß S. ein interessantes Werk zur Parlamentsgeschichte vorgelegt hat, das durch ideologische Verkürzungen allerdings erheblich an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Henning KÖHLER, Berlin

Walter A. MCDUGALL, *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton (Princeton University Press) 1978, 420 S.

Unterschiedliche Freigabezeitpunkte der relevanten Archivalien in Deutschland und Frankreich haben dazu geführt, daß langezeit über die deutsche Seite der deutsch-französischen Rheinlandkontroverse im 20. Jh. weitaus mehr veröffentlicht worden ist als über die französische. Nachdem zu Beginn der 1970er Jahre endlich auch wesentliche französische Aktenbestände zur Benutzung freigegeben worden waren, entstanden zunächst begrenzte Einzelstudien wie die von George Soutou. Die hier zu besprechende Arbeit geht weiter: Sie zielt darauf ab, die Rheinlandfrage als den zentralen Punkt im deutsch-französischen Verhältnis über einen längeren Zeitraum hinweg zu untersuchen. Als Zeitgrenzen wählt der Verf. die Jahre 1914 und 1924 – ersteres als das Jahr, in dem die deutsch-französischen Beziehungen erstmals seit 1871 wieder in ein militantes Stadium eintraten, letzteres als das Jahr, in dem diese militante Phase endgültig durch Dawesplan, Beitritt zum Völkerbund und Locarno beendet wurde. Der Schwerpunkt liegt bei den Nachkriegsjahren: eine thematisch mit Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« vergleichbare Arbeit liefert McDougall nicht – so lohnend und wichtig eine solche Untersuchung der französischen Kriegszieldiskussion auch wäre; hier versprechen die im Titel erscheinenden Zeitgrenzen ein wenig mehr als der Verf. schließlich einlöst.

Umso interessanter ist, was McDougall über die Nachkriegsjahre berichtet. Da er sich ganz überwiegend auf die Akten des französischen Außenministeriums und eine Fülle einschlägiger Nachlässe stützt, kommt ein wenn nicht ganz überraschendes, so doch sehr nuancenreiches Bild zustande. Vor allem der deutsche Leser, der seit Jahrzehnten gewohnt ist, die Rheinlandfrage primär mit deutschen Augen zu sehen, empfängt dadurch anregende Eindrücke: die deutsche Reparationspolitik, die Inflation, der Separatismus und das Konzept eines nur noch lose mit dem Reich föderierten Rheinlandes, sie alle nehmen sich aus französischer Sicht oft überraschend anders aus.

Das erste Nachkriegsjahr war französischerseits durch den Willen gekennzeichnet, den